

Die Danziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage zweimal, am Montage nur Nachmittags 5 Uhr. — Bestellungen werden in der Expedition (Gerbergasse 2) und auswärts bei allen Königl. Postanstalten angenommen.

Danziger Zeitung.

Abonnements pro August und September für Auswärtige 1 Thlr. 7½ Sgr., für Danzig 1 Thlr. 5 Sgr., nimmt an die Expedition, Gr. Gerbergasse 2.

Amtliche Nachrichten.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Kreis-Physitus Dr. Hirschfeld zu Angerburg den Roten Adler-Orden vierter Klasse zu verleihen; die Wahl des Oberlehrers am Gymnasium in Neu-Ruppin, Professors Dr. Kämpf, zum Director des Gymnasiums und der Realschule in Landsberg a. W. zu bestätigen; und dem Kreis-Physitus Dr. Panka in Goldapp den Charakter als Sanitäts-Rath zu verleihen.

(W.C.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.
Weimar, 31. Juli. Heute Vormittag um 11 Uhr ist Herzog Bernhard von Sachsen-Weimar, zweiter Sohn Carl August's, Königl. niederländischer General der Infanterie a. D., im 70. Lebensjahr zu Bad Liebenstein in Thüringen gestorben.

Landtags-Verhandlungen.

31. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 31. Juli. Präz. Gräbow. Am Ministerthale: v. Holzbrink und mehrere Reg.-Commissare, später v. d. Heydt. Erster Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Budget-Commission über den "Estat der Verwaltung der Eisenbahn-Angelegenheiten für 1862 und 1863."

Referent Abg. v. Kirchmann gibt einen kurzen Überblick der Anschauungen, welche die Commission bei ihrer Prüfung und ihren Beschlüssen geleitet haben, die den Etats-Aufstellungen beipflichten.

Abg. Techow bei dem Etat der Ostbahn: Er bedauert, daß seine Provinz (Ostpreußen) nicht durch eine an die Ostbahn sich anschließende Eisenbahn Königsberg-Bartenstein in den großen Eisenbahnverkehr mit hineingezogen werde. Die Provinz sei arm und könne das Capital nur schwer beschaffen; doch wäre es möglich, eine Aktiengesellschaft zu bilden, wenn nur die Regierung die Concession ertheile, was sie bis jetzt nicht gethan. Er hoffe, die Regierung werde, von der Wichtigkeit der Bahn überzeugt, die Bestrebungen der Provinz unterstützen, um so mehr, da die Rentabilität der Ostbahn von dem Bau von Nebenbahnen abhänge.

Regierungs-Commissar (sehr schwer verständlich): Die vom Redner beantragte Bahn sei eine derjenigen, die Aussicht auf Ausführung haben. Die Concession könne aber erst ertheilt werden, wenn das Capital vollkommen aufgebracht sei; es sei einmal Princip, keine vorläufigen Concessions zuerteilen; sei das Capital erst beisammen, so werde man der Gesellschaft alle Vergünstigungen zu Theil werden lassen, die andern erwiesen werde.

Abg. Haebler für den Bau der Tilsit-Insterburger Bahn, für die ebenfalls bereits alle Vorbereitungen getroffen und die Capitalien gezeichnet seien; nach der Concession durch die Regierung werde man den Bau sogleich in Angriff nehmen können.

Regierungs-Commissar: Es sei sehr erfreulich, daß sich Privatgesellschaften für Eisenbahnen auch dort bilden

Vom Provinzial-Sängerfest.

* Elbing, 31. Juli. Wir tragen in Folgendem die Ansprache des Herrn Oberbürgermeisters Phillips nach, die derselbe am zweiten Feiertage in Bogelsang an die Sänger hielt: "Unser schönes Fest naht seinem Ende. Die herrlichen Töne, die unser Ohr entzückten, die bald in mächtigen Altor- den wie Sturmewehen einherwogen, bald wie Eifengeflüster lieblich und leise das Waldeslaub durchzitterten, sie werden in kurzer Frist verklungen sein, und des Alltagslebens gewohnte Weise verdrängt den Festschmuck und die Festesfreude. Eine frohe Erinnerung wird wohl Jeder, der dem Feste bewohnte, mit sich nehmen. Wen gäbe es auch überhaupt, der dem Zauber des Liedes zu widerstehen, der sein Gemüth gegen die Allgewalt der Töne zu verschließen vermöchte, wer empfände nicht Lust bei der Sänger fröhlichem Wettkampf? Aber, zur Ruhe zurückgekehrt, werden wir uns ernsteren und allgemeineren Betrachtungen nicht entziehen können. Wir werden uns an den Tag erinnern, an dem vor 15 Jahren hier an dieser Stelle das erste Fest dieser Art in unserer engeren Vaterlande begangen wurde; klein in seinen Anfängen, groß in seinen Wirkungen. Wir werden uns vergegenwärtigen, wie die Zahl der Sängervereine seitdem in unserer Provinz gewachsen, wie bei jedem späteren Sängerfeste neue Sängervereine aufgetreten sind, wie es heute bereits möglich gewesen ist, einen allgemeinen Sängerbund für die Provinz in das Leben zu rufen und seine Aufnahme in den deutschen Sängerbund zu erreichen. Wir werden die früheren Sängerfeste mit dem jetzigen vergleichen und unwillkürlich darauf hingeführt werden, darüber nachzudenken, welchen geistigen Nutzen das allgemeine Beste, das Volk aus den Sängerfesten zu ziehen vermag. Nur zwei Momente will ich in dieser Beziehung hervorheben, nämlich den Cultus des Schönen und die Verbrüderung der Nation. Die Erweckung der Empfänglichkeit für das Schöne an sich ist eins der größten Bildungsmittel des Volks. Jenes wunderbare Volk der Alten, dessen Schönheitsprodukte noch heute, nach Tausenden von Jahren, als unerreichte, vielleicht unerreichbare Muster dastehen, das

ten. Man werde dieselben auf jede gesetzliche Weise begünstigen.

Abg. v. Forckenbeck: Er wolle im Allgemeinen constatiren, daß die Klagen der Provinz Preußen über Zurückziehung im Bezug auf Eisenbahnbau ihm vollkommen begründet scheinen; die Bestrebungen der Provinzial-Landtage und Comités seien bis jetzt nicht von der Regierung unterstützt worden; deshalb fühle man sich zurückgesetzt; von den ausgefesteten Fonds sei der Provinz nichts zu Gute gekommen; den Aufwand für die Ostbahn könne man nicht hierher rechnen, da die Regierung diese Bahn aus vielen, nicht die Provinz berührenden Rücksichten gebaut habe; er frage deshalb, in welcher Art die Regierung im nächsten Jahr mit Eisenbahnbaute in Preußen vorzugehen gedenke, und zweitens, wie sich die Kosten der Vorarbeiten auf die einzelnen Provinzen vertheilen würden. Das sei bisher nicht gleichmäßig geschehen; von 93,000 Thalern, welche in den letzten drei Jahren für solche Vorarbeiten ausgegeben, seien auf die Provinz Preußen etwa nur 3000 Thaler verwendet worden, und das habe die Provinz, die 1866 und 1813 so viel gelitten und sich nur mit Mühe wieder gehoben, am wenigsten verdient, daß man sie so vernachlässige. (Bravo links.)

Regierungs-Commissar: Die Ostbahn sei zu einer Zeit in Angriff genommen, als man ihre Rentabilität noch nicht erwartete; der Erfolg sei indessen ein überaus günstiger gewesen. — Was die Vorarbeiten betreffe, so seien dieselben für die kleineren Bahnen Danzig-Neufahrwasser, Königsberg-Pillau, Insterburg-Tilsit in Angriff genommen. Für die übrigen Bahnen hätten die Kreise selbst die Kosten der Vorarbeiten zu übernehmen sich bereit erklärt. Er könne versichern, daß die Erweiterung des Eisenbahnnetzes der Provinz Preußen der Regierung am Herzen liege.

Abg. v. Hennig: Es sei angemessen, zu erwähnen, daß es nicht nur für die Provinz Preußen, sondern für das ganze Land von größtem Interesse sei, das Eisenbahnnetz zu erweitern. Schon jetzt könne der fruchtbarste Theil von Preußen, die von der Weichsel östlich gelegene Gegend, nicht mehr Getreide erzielen, als sie selbst nötig habe. Er mache in dieser Beziehung das Hans auf die Denkschrift aufmerksam, welche von dem Comite in Thorn ausgegangen sei, woraus hervorgehe, daß der große Kornmarkt dem Verkehr geöffnet werden müsse. Die Stadt Memel sei durch das Eisenbahn-System in Ostpreußen gegenüber Königsberg in einer üblichen Lage und schließe er sich den Ausführungen des Abg. v. Forckenbeck an, indem er die Hoffnung hege, daß die Regierung ihr Versprechen halte.

Abg. v. Hoverbeck stimmt dem Gesagten bei, möchte aber bemerken, daß die Eisenbahnen nicht so bequem zu Stande kommen würden, wie Abgeordneter Techow angegeben habe; die Eisenbahnen, die sich sehr gut verinteressieren würden, würden auf Staatsgarantien Anspruch machen.

Abg. Dr. Frese (Minden): Da hier von den Kosten der Voranschläge die Rede gewesen, so gedenke er dabei der Jadebahn. Er liebe zwar sonst Staatsbahnen nicht, bei dieser aber liege die rechtliche Verpflichtung durch einen Staatsvertrag vor, und so richte er an die Regierung die Frage, wie es mit dem Bau der Jadebahn stehe?

Der Reg.-Commissar giebt eine Erklärung auf die Frage des Abgeordneten ab, wonach die Vorarbeiten im Preußischen für die Strecke Dielingen-Herford beendet sind, im Oldenburgischen seien wegen der geringen Terrain-Schwierig-

keit der Griechen, wußte sehr wohl, was es that, wenn es bei seinen Wettkämpfen, bei seinen Spielen, bei seinen Festen, bei Allem, was es schuf, und wenn es das unbedeutendste Hausgeräth war, stets die Schönheitsidee in den Vordergrund stellte; es war sich wohl bewußt, daß dies einer der Wege zu dem Ziele sei, das es erstreute und erreichte, das gebildete unter den damaligen Völkern der Erde zu sein und zu bleiben. Wir haben im kleinen in der letzten Zeit bereits ähnliche Erfahrungen und gerade auf dem Gebiete des Gesanges gewonnen. Jeder, der Herz und Auge offen hat für das Volksleben, wird zugeben, daß die Sängervereine — Dank den thatkärfigen Männern, die sich durch keinerlei Ansechtungen abschrecken ließen — auf den Bildungsgang eines großen und hochachtbaren Theils unseres Volks, auf den Handwerkerstand, von den segensreichsten Folgen gewesen sind. Nicht minder wichtig ist die Verbrüderung. Nachdem in den letzten Decennien der Drang nach Einheit das deutsche Volk mit Macht ergriffen hat, wird die Theilnahme an den Volksfesten immer größer und größer. Jeder fühlt das Streben in sich, dem Andern näher zu treten, der Einzelne dem Einzelnen, der Stamm dem Stamm, dem Norden dem Süden, deutsche Fürsten mischen sich fröhlich in den Jubel des Volksfestes. Dieser Geist schafft und walzt mit unwiderstehlicher Kraft; schon hat er manche Schranken hinweggeräumt, die der Verwirklichung der Einheitsidee im Wege stand, er wird auch den Tag herbeiführen, an dem ein großes Volk von 40 Millionen, ein tapferes, arbeitsames, braves Volk nicht mehr genötigt ist, in sich zerstückelt dazustehen, nicht mehr genötigt ist, seinen Grund und Boden zum Tummelplatz für die Intrigen des Auslandes herzugeben, sondern die Stelle wieder einzunehmen, die es in der Reihe und dem Range der europäischen Völker eingenommen hat, und die ihm gebührt. — Ich meine die erste. Der erhebende Gedanke, daß unser Fest einen, wenn auch noch so winzigen, Baustein hinzugebracht hat zu dem großen Gebäude, an dem das deutsche Volk arbeitet, dieser erhebende Gedanke, meine Herren, geleite Sie in Ihre Heimat! Möge aber auch im Uebrigen das Andenken an die Tage, die Sie unter uns ver-

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Inferior nehmen an: in Berlin: A. Netemeyer, Kurstraße 50, in Leipzig: Heinrich Hilbner, in Altona: Hassenstein u. Vogler, in Hamburg: J. Bühlheim und J. Schüneberg.



Zeitung.

keiten keine Vorarbeiten nötig; Hannover widerspreche noch dem Bau der Bahn.

Die einzelnen Kapitel und Titel der Einnahme werden genehmigt.

Bei Cap. 25 (Privat-Eisenbahnen) schilbert Abg. Graf Bethush-Hue die Calamitäten der Provinz Schlesien durch Entziehung des Handels mit Krakau u. s. w. und knüpft daran den Wunsch, daß die Staatsregierung der Provinz dieselben Vortheile gewähren möge, wie den andern Provinzen. Der Staat habe dazu eine moralische Verpflichtung. Der Redner empfiehlt den Bau einer Bahn nach Krakau. Während der Redner spricht, erscheinen in der Diplomatologe in Begleitung des Legationsrates Meier die Mitglieder der japanischen Gesandtschaft. Dieselben werden vom Vice-Präsidenten Behrend und mehreren anderen Abgeordneten in der Loge begrüßt. — Abg. v. Gottberg bemerkt, daß die hinterpommersche Eisenbahn nur rentieren werde, wenn sie so gebaut werde, wie sie ursprünglich projectirt worden; es spreche dafür, daß der Staat diese Bahn zuerst baue, die Gerechtigkeit und das Interesse des Staates. Die Bahn sei die wichtigste, die es gebe, weil sie das große nordische Reich mit den Handelsstädten verbinde, ebenso liege es im strategischen Interesse, weil sie große Befestigungen verbinde.

Abg. Meißner unterstützt diese Ausführungen, behauptet aber, daß die Strecke von Belgard nach Dirschau vortheilhafter für die Provinz sein werde.

Handelsminister v. Holzbrink: Von allen Provinzen würden der Staatsregierung Vorwürfe wegen Vernachlässigung gemacht, und daraus folge wohl, daß die Klagen nicht ganz begründet seien. Die Regierung müsse nach einem bestimmten Plane verfahren und gehe nicht von fiskalischen sondern von volkswirtschaftlichen Interessen aus. Die Regierung werde thun, was sie vermöge, sie hoffe auf Unterstützung des Hauses, und daß nicht unbegründete Eifersüchtete die Absichten der Regierung durchkreuze.

Abg. Behrend (Danzig): Die hinterpommersche Bahn diente nicht auf einen wohlgedachten Plan. Sie ende in Köslin, also in einer Sackgasse. Wollte man sie nun nach Stolp verlängern, so verlängere man nur den Sack, und das sei doch kein Vortheil. Wollte man sie verlängern, so müsse man eine bedeutende Stadt zum Endpunkt wählen, also z. B. Danzig (schallendes Gelächter).

Regierungs-Commissar (unverständlich): Es sei allerdings einmal Plan gewesen, bis Danzig zu bauen, man behalte den Anschluß dieser Bahn an die Ostbahn im Auge.

— Abg. Harkort: Man müsse das Monopol der bestehenden Bahnen brechen, das sei besser, als wenn der Staat Bahnen bau.

— Abg. Reichenheim: Im Interesse der Landesvertretung und des Landes wünsche er den wohlgedachten Plan der Regierung vorgelegt zu sehen, dann werde man das ganze Reich überblicken, die Rentabilität ermessen können und die Regierung würde bessere Verträge mit den Gesellschaften erzielen können. — Abg. v. Gottberg möchte diesen Plan schon vor der jetzigen Berathung vorgelegt sehen (Widerspruch), wenn dies möglich sei. Arme Provinzen, wie Pommern, würden bei freier Eisenbahn-Concurrenz zurückbleiben, da sich keine Privatgesellschaften finden würden.

Die betreffende Titel und Anträge werden angenommen, es folgt der Titel wegen Vorarbeiten. — Abg. Lue: Jetzt müsse er auch die Provinz Sachsen in Schuß nehmen (große Peiterkeit) und die Frage der Göttingen-Helgoland-Gothaer Bahn aufragen. Es sei Preußens nicht würdig, die

lebten, ein freundliches sein und empfangen Sie von mir, im Namen meiner Mitbürgen, den wärmsten Dank, den ich Ihnen aus vollem Herzen darbringe. Noch lange, das versichere ich Sie, wird Elbing der schönen Stunden in Freude und Liebe gedenken. Sie aber, meine Elbinger Mitbürgen, ersuche ich, den Dank, den wir unsern Gästen schulden, gemeinschaftlich mit mir auszusprechen in einem dreifach donnernden Hoch!"

— "Die Königin der Ascension", wie sie genannt wird, eine junge Lusttänzerin, bestieg am Sonntag mit einer Kiepe voll lebender Tauben das Thurmseil in dem Kalbo'schen Etabliissement in Berlin. Aus Versehen blieb eine in der Mitte des Seiles zum Anziehen befindliche Leine unberücksichtigt, und so geschah es, daß der Künstlerin, als sie an dieser Stelle angelangt war, durch das straffe Anziehen von der entgegengestellten Seite das Seil plötzlich unter den Füßen fortgerissen wurde. Ein Schrei des Entsetzens entklang wohlauf aus dreitausend Lehnen — denn Beckermann hielt die unglückliche "Euphyrosina" für verloren. Mit seltener Geistesgegenwart warf diese jedoch die Balancirstange von sich, schwang sich im Falze nach rechts und erreichte wieder glücklicherweise das Seil noch mit der Fußspitze. So hing sie in einer Höhe von 40 Fuß über den Köpfen der Zuschauer, die sich mit emporengeschlagenen Händen herzudrängten hatten, um die Herabfallende aufzufangen. Das noch immer an den Füßen hängende Mädchen band sich die Kiepe ab und ließ dann, als ob nichts geschehen wäre, die Tauben, eine nach der andern, davon fliegen; schwang sich dann selber mit dem Oberkörper nach dem Seil, erfaßte dasselbe mit den Händen und ließ sich an der fei. hechabhängenden Leine zu Boden.

— Frau Birch-Pfeiffer hat bekanntlich ein Drama unter dem Titel: "Wie man Häuser baut" geschrieben. In einer jüngst erschienenen Biographie Johann Nestroys lesen wir, daß der Director Carl seiner Zeit bei Wien 16 Häuser gebaut hat, und zwar alle von dem Erratra eines Stükcs, des Lumpaci Bagabundes, welche Posse 1833 entstanden ist. Noch jetzt nennt man jenen Häusercomplex scherhaftweise das "Lumpacidorfschen".

hannöverschen Chikanen mit gleicher Münze zu bezahlen; er frage die Regierung, ob sie jetzt noch an den politischen Gesichtspunkten festhalte, wie früher. Regierungs-Commissar (bleibt vollkommen unverständlich). Lebhafster Ruf lautet! Der Commissar erhebt einen Augenblick die Stimme und man versteht die Worte: Magdeburg-Wittenberger: dann sinkt die Stimme wieder zur Unhörbarkeit. Abg. Petersen fragt wegen der Bromberg-Posenen Bahnverbindung an. Regierungs-Commissar scheint Verheißungen zu machen.

Bei der Ausgabe (Etat für 1863) kommt Abg. Kleemann abermals auf die Bahn Belgard-Dirschau zurück und bittet die Staatsregierung ihn darüber aufzulären, ob sie, wenn das Project von dem Comite vorgelegt würde, dasselbe zu unterstützen geneigt sei.

Abg. Hummel erklärt, daß das Binnenland kein Interesse an der Küstenbahn habe; er verlangt, daß die Regierung dem Privathan der bezeichneten Bahn keine directen Hindernisse in den Weg lege.

Abg. Schmidt (Randow) für die Ermäßigung der Tarife auf der hinterpommerschen Bahn.

(Während eines großen Theiles der vorstehenden Debatte herrsch im Hause lebhafte Bewegung und viel Geräusch; der Regierungs-Commissar scheint selbst im Hause kaum von den nächstzigen Abgeordneten verstanden zu werden; erst nachdem die Mitglieder der japanischen Gesandtschaft die Diplomatenloge verlassen haben, stellt sich mehr Ruhe im Hause ein.)

Man geht hierauf zur Berathung der Gesetzesvorlage, betreffend die schlesische Gebirgs- und die Cüstrin-Berliner Bahn. Die vereinigten Commissionen für Handel und für Finanzen haben bekanntlich die Annahme des Gesetzes befürwortet.

Ref. Abg. Reichenheim: Die Vorlage sei bereits durch die Commission für Handel und Gewerbe verworfen gewesen, als das Haus sie nochmals dieser Commission und der Commission für Finanzen und Zölle überwiesen habe. Die Majorität der vereinigten Commissionen sei von der Ansicht ausgegangen, daß bei der gegenwärtigen Lage der Eisenbahngesetzgebung, so lange nicht das Gesetz vom 3. November 1838 revidirt sei, das Capital der Privaten dem Eisenbahnbau sich nicht zuwenden werde und daß man im Interesse des Landes so lange nicht warten dürfe, bis dies geschehe. Er spreche die Erwartung aus, daß die Regierung sich über diese Reform den Wünschen der Commission entsprechend äußern werde.

Abg. v. Binde rügt es als zeitraubend und ermüdend, daß die Referenten trotz der ausführlichen schriftlichen Berichte am Eingang der Debatte einen längeren Vortrag zu halten pflegen, was in früheren Jahren nicht geschehen sei.

Der Präsident und der Abg. Reichenheim widersprechen der letzteren Behauptung.

Handelsminister v. Holzbrink: Der Referent habe den Wunsch ausgesprochen, daß die Regierung sich darüber äußere, ob sie zu einer Reform der Eisenbahngesetzgebung die Hand bieten wolle; es scheine ihm, daß in der jetzigen Zeit mehr an Gesetzen reformirt würde, als nötig. Die Regierung verneine nicht, daß die Eisenbahngesetzgebung an manchen Uebständen leide insofern, als die seit 1838 gemachten eignen Erfahrungen und die anderer Länder mit benutzt werden könnten. Indes könnte eine Reform nur erfolgen, wenn positive specielle Vorschläge gemacht würden. Die Andeutungen des Berichtes in dieser Beziehung werde er in sorgfältigste Erwägung ziehen, wie er denn überhaupt dem Prinzip der freien Concurrenz zugethan sei; ein Weiteres aber könne die Regierung nicht versprechen.

Abg. Graf Renard: Er wolle sein Votum gegen den Bau der Gebirgsbahn motiviren, weil er als schlesischer Abgeordneter bei der Frage stark beteiligt sei; einer Binsgarantie würde er zustimmen, diese habe aber die Regierung verweigert. Privatgesellschaften könnten sich natürlich nicht bilden, wenn die Regierung die Concessions in der Tasche behielte. (Ruf: sehr richtig.) Man habe zur Vertheidigung der Staatsseisenbahnen angeführt, daß sie größere Sorgfalt für das Publikum böten in der Gewährung billiger Frachträume etc. Er sei nun selbst bei der Verwaltung einer Staatsseisenbahn beteiligt und habe von dieser rührenden Sorgfalt des Staates nichts bemerkt. Die Regierung gehe in dieser Frage, wo das Prinzip mit dem materiellen Interesse in Conflict gerathe, dadurch, daß sie den Bau nur auf Staatskosten auszuführen erläre oder gar nicht, dem Hause die Pistole auf die Brust. Auf diese Weise suche die Regierung die Verantwortung auf die Landesvertretung zu wälzen (Brovo links). Er bedauere sehr, daß durch die Notheit der Commission für Handel und Gewerbe mit der für Finanzen und Zölle das Prinzip einer vernünftigen gesunden Eisenbahnpolitik wieder in Frage gestellt sei. Er finde es characteristisch, daß die Regierung gerade seine heimatliche Provinz Schlesien zum Schauplatz ihrer Experimente ausersehen habe. Schlesien habe nur zwei Eisenbahnen, die nicht unter der Verwaltung des Staates ständen. Die Oppeln-Tarnowitzer und die Breslau-Schweidnitzer Bahn.

Würde der Bau der Gebirgsbahn nun genehmigt, so wäre die Zeit nicht mehr fern, wo auch diese Eisenbahnen in den Abgründen der Staatsverwaltung stürzten, der dann sämtliche schlesischen Eisenbahnen verschlungen haben würde. Dann würde allerdings in Schlesien das Eisenbahn-Eldorado des früheren Handelsministers geschaffen sein. Er bitte, endlich einmal durch Verwerfung der Vorlage der Ausbeutung der gewerbe- und handeltreibenden Bewohner Schlesiens ein Ende zu machen. Es sei allerdings beläugenswerth, daß dann augenblicklich die Bahn nicht zu Stande komme; er hoffe indes, daß nach den Erklärungen des Handelsministers die Zeit nicht fern sei, wo sich die Regierung der Forderung der freien Concurrenz auch für den Eisenbahn-Berkehr nicht länger verschließen werde. Magna est veritas et praevalebit.

Abg. Michaelis: Es handle sich nur um die Frage, ob eine Staatsbahn oder gar keine Bahn. Das Haus habe keine andere Entschließung. Durch diese Erklärung der Regierung sei das Haus in eine schwierige Lage verfest. Sein Standpunkt sei, der Regierung den Bau einer Bahn auf Staatskosten zu verweigern. Einmischung in den Industriebetrieb, Theilnahme an der Concurrenz Seitens des Staates würden allgemein verdammt. In dieser Frage trate aber diesem anerkannten Grundsatz die Sorge für die nothwendige Entwicklung unseres Eisenbahnhanges entgegen. Bei einem Wegfall der Concurrenz des Staates würde ohne Zweifel diese Entwicklung nur gewinnen, wenn der Staat zugleich die Schwierigkeiten der Concessionierung aufhöbe. Die Concurrenz der Linien unter einander werde die einzige, beste Hülfe sein gegen das sogenannte natürliche Monopol des Eisenbahngesetzes sein. Man führe für die Staatsseisenbahnen an, daß sie dem Publikum billigere Transportmittel gewähren und er

erkenne an, daß in neuester Zeit viel in dieser Beziehung geschehen sei. Es sei aber bereits erwähnt, daß eine Staatsseisenbahn nur nach bureaukratischen Reglements verwaltet werden könne; eine Privateisenbahngesellschaft dagegen Kaufmännischen Grundlagen folge, eine solche werde aber die Transportmittel jedenfalls wohlfeiler stellen können, da sich der Preis nach den allgemeinen Verkehrsverhältnissen gestalte. Das Haus müsse endlich einen Schritt thun, um die Regierung von dem bisherigen System der gemischten Eisenbahnpolitik abzulenken. Er wolle in dieser eigenthümlichen Lage das Haus nicht auffordern, sich seinem Standpunkte anzuschließen, wünsche aber, daß es seinem Antrage zustimme, der die Regierung auffordere, für die Zukunft das Haus nicht in die Notwendigkeit zu versetzen, die Mittel für eine Eisenbahn auf Staatskosten zu bewilligen oder gegen die Bahn überhaupt zu stimmen. Der Antrag laute: „Das Haus wolle beschließen: die Erwartung auszusprechen: 1) daß die Königl. Staatsregierung den eigenen Bau und Betrieb von Eisenbahnen durch den Staat künftig nur noch da für zulässig erachten werde, wo dies durch allgemeine politische Rücksichten oder durch die besonderen Verhältnisse der einmal bestehenden Staatsbahnen vollständig und unzweifelhaft gerechtfertigt ist; 2) daß die Königl. Staatsregierung durch eine von allen monopolistischen Rücksichten freie Politik bei Concessionierung von Privatbahnen, ferner durch eine Rechte und Pflichten der Eisenbahngesellschaften völlig sicher stelle, Reform des Eisenbahn-Gesetzes vom 3. November 1838 den Unternehmungsgeist für Eisenbahn-Bauten entfesseln werde.“ Zum ersten Antrage bemerke er, daß unter den allgemeinen politischen Rücksichten namentlich militärische zu verstehen seien; was den zweiten Antrag betreffe, so halte er das Eisenbahngesetz von 1838 für ein bureaukratisches Wunderwerk, dasselbe sei ein rein theoretisches Gesetz, das in einer Zeit entstanden sei, wo erst eine einzige Eisenbahn in Preußen existirt habe. Aus dem Aufsichtsrecht des Staats, das es proclamire, seien nun eine Reihe Verfolgungen entstanden, die, wie z. B. das auf § 24 des Gesetzes basirte Verlangen der Erneuerungs-fonds schließlich das Gefühl der Unsicherheit in die Capitalisten hineingetragen und sie von der Beihilfe an Eisenbahnen zurückgeschreckt habe. Eine Reform der Eisenbahngesetzgebung sei daher im Interesse des Eisenbahnverkehrs durchaus nötig. Durch Annahme seines Antrags, durch gründlichere Erörterung des Princips im Hause, wodurch auch die Frage in das Land dringe, solle das Haus den Weg zum Bessern ebnen, und zur Anbildung einer vernünftigen, auf dem Prinzip der freien Concurrenz basirenden Eisenbahnpolitik die Hand bieten (Bravo).

Ein Antrag auf Zurückweisung der Resolution an die Commission wird abgelehnt, und die Generaldiscussio im Zusammenhange mit der Michaelis'schen Resolution fortgesetzt.

Abg. Dr. Siegert: Es müsse die Vorlage in ihrer Bedeutung selbstständig gewürdigt werden, nie könne den staatlich-wirtschaftlichen Dingen Halt geboten werden durch theoretische Bedenken. Die Annahme des Handelsvertrages habe es dem Hause zur Pflicht gemacht, für die weitere Entfesselung des gewerblichen Lebens, für die Entwicklung der volkswirtschaftlichen Interessen durch Resolutionen einzutreten und erkläre er sich für die Resolution. Abg. v. Gottberg stellt das Unter-Amendment, in dem Antrage Michaelis-Lette statt „durch die besonderen Verhältnisse“ — zu sagen „durch die sonstigen besonderen Verhältnisse“. — Das Unter-Amendment wird genügend unterstützt. — Es wird Vertagung beantragt und angenommen. — Vice-Präsident Behrend schließt die Sitzung. Nächste Sitzung Freitag.

Deutschland.

* * Berlin, 31. Juli. Die Wiener "Presse" signalisiert einen Hauptcoup in der deutschen Frage, mit dem Graf Rechberg umgeht. Nicht etwa, wie die Berl. Börsenzeitung vor einigen Tagen mittheilte, einen Antrag auf Einberufung eines deutschen Parlaments, anknüpfend an 1849, sondern nur auf eine Delegiertenversammlung sämtlicher deutscher Landesvertretungen neben dem Bundestag, wie schon seit längerer Zeit davon geredet worden. Man muß auf die endliche nähere Bekanntmachung mit diesem Project schon deswegen begierig sein, um überhaupt einmal eine Idee von dem zu bekommen, was sich die Väter desselben eigentlich darunter denken und welche Functionen sie ihm beilegen möchten. Der Bund, ein rein völkerrechtlicher Körper, soll ein Organ schaffen, das sich mit Verhandlungen interstaatlicher Natur zu befassen hätte, die nach dem bestehenden Staatsrecht zunächst rein Saché der Executive der Regierungen sind. Eine Reform des Bundes als Staatenbund, die ein solches Organ in sich aufzunehmen vermöchte, vermag man sich vorläufig nicht zusammenzureimen. Die deutschen Staaten würden in eine wahrhaft babylonische Verwirrung in Bezug auf ihre gesetzgebenden Organe gerathen. Will man aber eine Reform im Sinn eines Bundesstaats, dann wird mit diesem Vorschlag allein nicht ein Haarbreit gewonnen sein. — Die Absetzung der Etatsposition für die Sternzeitung macht Vieles viel Kopfsbrechen. Das war zu erwarten, denn es gibt Leute genug in der Welt, die so einfach durch die Sachlage gebotene Maßnahmen nie einfach würdigen mögen. Was die Vertretung preußischer Interessen in der ausländischen Presse betrifft, so wird Herr v. Bernstorff zur Verbürgung des Herrn v. Binde wohl noch den Fingerzeig benutzen, den ihm die Majorität hiefüllt bei der Verhandlung gegeben. — Auf die Beschlagnahme der Lösung der römischen Frage wirkt, wie gemeldet wird, ein neues Moment, die Bildung einer Partei in Italien, die auf eine Alliance mit England losarbeitet, wofür sich auch die radicalen Elemente entschieden haben. In Paris soll diese Erscheinung zum Nachdenken Veranlassung geben und man soll, wenn bei der päpstlichen Curie die letzten Vorschläge, die Entscheidung der römischen Frage einem europäischen Congress anheimzugeben, nicht durchdringen, zu schnellen Schritten entschlossen sein. Für Italien ist die eingeschlagene Richtung jedenfalls von grossem Nutzen. Sie lenkt die Gemüther in ein ruhigeres Fahrwasser, in welchem sie sicherer ihr Ziel zu erreichen erwarten können und Italien wird mit mehr Energie auf die Heilung der vielen noch vorhandenen inneren Gebrüchen Zeit und Kraft verwenden können, dadurch sich aber desto wirksamer auf einen Kampf, wenn er nicht zu vermeiden sein sollte, vorbereiten.

— Se. Königliche Hoheit der Kronprinz beabsichtigte gestern zu einer Truppenbesichtigung von Potsdam nach Berlin zu kommen, gab aber die Fahrt auf, da die Entbindung seiner erlauchten Gemahlin stündlich erwartet wurde. Der englische Geburtshelfer Luccocq verweilt bereits seit einigen Wochen im Neuen Palais zu Potsdam, und auch die Amme, eine junge Landfrau aus Meissen bei Minden, ist bereits dort anwesend. — Auch am großherzoglichen Hof zu Karlsruhe wurde schon gestern die Niederlung Ihrer Königlichen Hoheit der Frau Großherzogin Louise entgegengesehen.

— (Ger.-Btg.) Bald nach der Dispositionstellung des früheren Polizeipräsidienten von Beditz wurde behauptet, daß die gegen ihn wegen der vielverwöhnten Pferdeausstech-Angelegenheit eingeleitete Disciplinar-Untersuchung nicht weitergeführt, vielmehr niedergeschlagen worden sei, weil sich Momente, welche zur Erhebung einer Anklage geeignet wären, nicht herausgestellt hätten. Wir können jetzt dieser Nachricht ausdrücklich widersprechen. Es ist das Disciplinarverfahren auf den Wunsch des Herrn v. Beditz nicht niedergeschlagen worden. Er hat um ein richterliches Urteil gebeten. Es ist deshalb nach beendetem Voruntersuchung die Anklage gegen den früheren Polizeipräsidienten erhoben worden und es wird die Verhandlung in einer der ersten Sitzungen nach den Gerichtsgerichten vor dem Disciplinargerichtshof vor sich gehen. Das öffentliche Ministerium soll nach der uns zugegangenen Nachricht durch den Geheimen Regierungsrath Noah in dieser Anklagesache vertreten werden.

— Diplomatische Nachrichten aus Wien sprechen von der Wahrscheinlichkeit der Abberufung des Grafen Karolyi von dem hiesigen Gesandtschaftsposen; ein Diplomat, der bisher nur eine zweite Stelle bei österreichischen Gesandtschaften — einige Zeit auch hier in Berlin — eingenommen hat, wird als mutmaßlicher Nachfolger genannt.

— Die „Schl. B.“ theilt eine Analyse von der in Erwiderung der neuesten Bernstorffschen Depesche an den Grafen Karolyi unter dem 26. d. M. ergangene Weisung mit. Graf Rechberg unternimmt in derselben eine Kritik der Einwendungen Preußens. Wenn die preußische Regierung zunächst ihr Frankreich gegenüber verpfändetes Wort vorschütze, so sei sie Österreich gegenüber durch noch ältere Verpflichtungen engagiert. Zudem wäre die der französischen Regierung gegebene Zusage, wie Graf Bernstorff selbst zugebe, an eine Suspensions-Bedingung geknüpft, deren Erfüllung noch fraglich sei. Allerdings hätten einige Bollvereinsregierungen, Sachsen unter ihnen, den Vereinbarungen vom 29. März ihre Genehmigung ertheilt; aber es sei andererseits notorisches, daß in dem weitans größeren Theile des nichtpreußischen Bollvereinsgebietes bei den Regierungen, wie bei der Bevölkerung aus politischen und materiellen Gründen eine entchiedene Ablehnung gegen jene Vereinbarungen herrsche. Mit dem Nicht-eintritt jener Bedingung falle aber für Preußen, wie für Sachsen, jede Verbindlichkeit dem anderen Contrahenten gegenüber, und eben diesen Fall habe Graf Rechberg in seinem Antrage vorausgesetzt. Ohne Zweifel sei dieser Stand der Dinge auch Frankreich nicht unbekannt. Werde dieses nicht gern in die Unterhandlung zwischen dem Bollverein und Österreich willigen, welche ihm Erleichterungen des Verkehrs mit beiden großen Körpern in Aussicht stelle? — Was den zweiten Einwand Preußens betrifft, der Bollvereinstarif habe sich überlebt und eine mit Österreich zu unternehmende Revision des selben scheine problematisch, Preußen müsse sich daher die Freiheit seiner Entscheidung wahren, so gewinne es fast den Anschein, als ob Preußen, wie die Solleinigung mit Österreich, so den Fortbestand des Bollvereins unmöglich machen würde.

Österreich wolle bei der Tarifrevision in seinen Bogenständen hinter manchem Genossen des Bollvereins nicht zurückbleiben, es werde die Reform der deutschen Handelspolitik nicht hemmen, sondern fördern. Freilich wenn Preußen den Wünschen und Bedürfnissen aller Bollvereinsglieder so wenig Rechnung tragen wollte, als jenen Österreichs, so werde es allerdings nur folgerichtig handeln, wenn es sich vom 1. Januar 1866 ab auf jene „Freiheit der Entscheidung“ zurückziehe, welche mit dem Austritt aus dem Bollverein identisch sei. An eine solche Eventualität will aber Graf Rechberg noch nicht glauben, und indem er sich auf Art. 25 des Handels- und Bollvertrages vom 19. Februar 1853 beruft, nimmt er die Eröffnung von Unterhandlungen über seinen Antrag nicht bloß aus Zweckmäßigkeitgründen, sondern als ein Österreich zustehendes Recht in Anspruch. Danach sollten bekanntlich im Jahre 1860 Commissarien der contrahirenden Staaten über die Solleinigung zwischen beiden Theilen, eventuell über weitere Verkehrserleichterungen und möglichste Annäherung und Gleichstellung der beiderseitigen Tarife verhandeln, und wenn diese Unterhandlungen auch seither verschoben worden seien, daure doch die Verpflichtung, zu denselben die Hand zu bieten, noch fort.

— Das „Vaterland“ erfährt, daß König Franz II. von Neapel auf die Nachricht von der Anerkennung Italiens durch Russland dem Kaiser Alexander den St. Andreas-Orden, welchen er während der Belagerung von Gaeta erhalten, zurückgesandt habe.

England.

London, 29. Juli. Das Neuter'sche Bureau bringt folgende Nachrichten: New-York, 19. Juli. In New-York geht es mit der Einreihung noch immer langsam vorwärts. Präsident Lincoln hat zwar das Confiscations-Gesetz unterzeichnet, jedoch mit einem Amendment, welchem zufolge dasselbe auf Handlungen, die vor Annahme desselben begangen worden sind, keine Anwendung finden und die Confiscation nur für die Lebensdauer des Schulden gelten soll. General Jackson rückt im Shenandoah-Thale gegen Harper's Ferry vor.

Italien.

Turin, 27. Juli. (K. B.) Über Garibaldi ist man noch bei Weitem nicht beruhigt, wenn auch die hier über ihn circulirenden Gerüchte mit großer Vorsicht aufzunehmen sind. Man will unter Anderem wissen, er habe fünf größere Kauffahrzeuge im Geheimen gekauft oder gemietet, die gegenwärtig in der Ausrichtung begriffen seien. Garibaldi weiß natürlich sehr wohl, was der Zweck der italienischen und französischen Kreuzer in den sizilianischen Gewässern ist, aber er ist nicht der Mann, sich durch so etwas abschrecken zu lassen, vielmehr hat ihn die Überwachung, unter die man ihn gestellt hat, in eine noch gereiztere Stimmung versetzt.

— Die Rede, welche Garibaldi in Marsala hielt, liegt jetzt vor. Der Held von Marsala hielt am 19. Juli einen jener Triumph-Zünge, bei welchen sich Magistrat, Bürgerschaft und Clerus beteiligt hatten und der Jubel kein Ende nehmen wollten. Garibaldi sprach vom Söller des Hauses aus. Seine Stimme klang klar und glockenhell. Er sagte unter Anderem:

„Es ist nicht mehr an der Zeit, den Ausländer auf italienischem Boden und die Knechtshaft eines Theiles unserer Brüder zu dulden. Es ist eine Schande für 25 Millionen Italiener, und diese Schande muß zwischen heute und einigen Tagen ein Ende nehmen. Ja, Rom ist unser! Ja, Rom oder tot! Von Marsala ging der Ruf der Freiheit aus. Von hier soll heute auch der Ruf anheben: Rom oder tot! Und dieser Ruf wird nicht allein auf der Halbinsel widerhallen, er wird ein Echo in ganz Europa und überall finden, wo der Name der Freiheit noch nicht entweicht ist. Wir verlangen nur, was uns gehört, und Rom gehört uns. Wir

find des Bittens satt und müde. Keine Protestationen, keine Bitten mehr! Napoleon soll ein für alle Mal wissen, daß Rom und Venetien unser sind, daß die Brüder von Rom und Venetien unsere Brüder sind. Wir sind dem französischen Volke Dank schuldig. Ja, das französische Volk ist auf unserer Seite, es ist unser Bruder. Napoleon... hat den Krieg von 1859 nicht für Italien geführt. Wir haben ihm Nizza und Savoyen gegeben, und er will noch mehr haben, ich weiß das, ich! Er hat sich angestrengt, um seine Familie empor zu bringen; er hält einen Prinzen für Rom bereit und einen für Neapel und so fort, ich weiß das.... Wir brauchen nicht zu betteln, das französische Volk ist auf unserer Seite. Napoleon III. geht fort von Rom, und Rom ist unser."

Rußland und Polen.

△ Warschau, 28. Juli. Die neue Institution der Stadträthe hat in der kurzen Zeit ihres Bestehens ihre große Wichtigkeit bereits solchen einleuchtend zu machen gewusst, die sie früher nicht verstanden. Die Fahrlässigkeiten, Veruntreuungen und Mißbräuche der bisherigen rein-bureaucratischen Magistrate werden von den Stadträthen klar aufgedeckt. Als Beispiel nur eine Entdeckung, die der hiesige Stadtrath gemacht hat. Zu den Attribitionen desselben nämlich gehört die Aufsicht über die Gefängnisse und als er vor einigen Tagen das hiesige Polizeigefängniß untersuchte, stellte sich heraus, daß viele Personen mehrere Monate ohne alles Verhör saßen, obwohl ihr Vergehen kein anderes war, als nach festgesetzter Stunde ohne Laterne auf der Straße ertappt worden zu sein. Der Beamte des Gefängnisses hat, wie es sich ebenfalls herausstellte, mit dem Vieferanten, der die Beköstigung der Gefangenen besorgt, eine Abmachung, wonach dieser ihm pro Gefangenen täglich einen Rabatt gewährt, weshalb es im Interesse dieses Beamten liegt, so viel Gefangene als möglich zu haben. Natürlich muß sich der gute Mann nur auf solche Eingezogenen beschränken, für die keine Verwendung stattfindet. Ferner fand man, daß während der eine Saal mit einigen fünfzig Personen ersticken voll war, sich in den anderen nur ein Paar befanden, aber freilich solche, die im Stande waren, für das bequeme Logis zu bezahlen. In der Abtheilung für Frauen zeigten sich entsetzliche Mißbräuche, die die Hütter gegen die armen Gefangenen ausübten. Der vorgesundene Schmutz soll jede Vorstellung übersteigen haben, kurz es bot sich den Delegirten ein lebendiges Bild der berühmten neapolitanischen Gefängnisse dar. Der Stadtrath hat durch die Vermittelung des Magistrats der Commission des Inneren über die Sache berichtet und ich werde nicht versäumen, den Berfolg Ihnen zu melden.

Danzig, den 1. August.

* Aus Warschau wird der „Schl. B.“ folgende wichtige Mittheilung gemacht:

Das seit einigen Jahren thätige Comité zur Verbesserung der Mittel zur Regulirung der schiffbaren Flüsse des Königreichs ist endlich zu festen Beschlüssen gelangt. Diese bestehen vorzugsweise in einer geregelten immerwährenden Beaufsichtigung der Flüsse, der Vermehrung und zweckmäßigeren Einrichtung der Bagger-Schiffe, der Anwendung von Warnungszeichen am und im Flusse, in der Beseitigung von Sandbänken bei niedrigem Wasserstand und in einem geregelten System der Uferbefestigung. Letzteres Mittel ist als das wichtigste, einfachste und wohlfeilste erkannt worden und vereinigt mit seinen übrigen Vorsätzen den weiteren Vortheil, daß es dem Lande binnen zehn bis fünfzehn Jahren allein längs des Weichselbettes einen Landgewinn von 12,000 Hufen im Werthe von über achtzehn Millionen Silberrubel einbringen wird. Wer den Zustand unserer Weichsel kennt, weiß, wie sehr ihre Besserung noth thut und wird der endlichen Initiative der Regierung seine Anerkennung nicht versagen können."

Es wäre wohl zu wünschen, daß nunmehr auch preußischerseits die Angelegenheit wieder ernstlich in Angriff genommen würde.

* Am 25. Juli Morgens stand der sechsjährige Sohn des Schuhmachergejellen Schröter vor der Haustür. Nach seiner den Eltern gemachten Angabe kam ein ihm fremder Knabe an ihn heran und fragte ihn, ob er ein Stückchen Brot genießen wolle, was er bejaht, worauf ihm der fremde Knabe ein Stückchen weißes Brot in den Mund gesteckt habe. Bald darauf ging er zur Schule. In der darauf folgenden Nacht erkrankte der Knabe und klagte über Brennen im Leibe und Kopfe. Trotz ärztlicher Behandlung starb er Tags darauf, und zwar, wie erwiesen ist, an Vergiftung. Wer ihm das Gift gegeben, ist noch nicht ermittelt.

Graudenz, 31. Juli. (G.) Die Normalisierungsbauten an dem rechtsseitigen Weichseldeich von Kłosowo bis zur Dirschauer Eisenbahnbrücke schreiten so rüstig fort, daß deren Beendigung im nächsten Jahre voraussichtlich erfolgen wird. Gegenwärtig wird mit etwa 600 Arbeitern im montauer Meierei gearbeitet.

Thorn, 31. Juli. Die Weizernte hat in der Umgegend mit Beginn dieser Woche ihren Anfang genommen und verspricht einen reichen Ertrag. Leider wird uns auch die Mittheilung, daß sich stellenweise bereits die Kartoffelkrankheit durch braune Flecke am Kraut und an der Knolle ankündigt. Mährungen. (G.) Die in Folge der berüchtigten Mühlhäuser Exzesse gefänglich eingezogenen Individuen, darunter mehrere Bürger, werden wohl im September vor dem Schwurgericht zu Mährungen ihren Vohn empfangen. Auf ein von mehreren Conservativen an Se. Maj. den König gerichtetes Gesuch um Begnadigung und Freilassung der „wohlgefunden“ Märtyrer soll der Allerböteste Bescheid bekommen sein, daß die Untersuchung auf keine Weise unterbrochen werden und die Justiz streng nach den Gesetzen verfahren solle. Die arme Stadt Mühlhausen hat bereits 3000 Thlr. an Entschädigungskosten für das requirirte Militär und die Besitzer der beschädigten Häuser und Mobilien zahlen müssen. Für die Kosten des Untersuchungsverfahrens werden solidarisch die Angeklagten haften müssen, so daß die Bemittelten unter ihnen voraussichtlich all ihr Hab und Gut verlieren werden. Ein warnendes, sehr hartes Beispiel!

Börsendepeschen der Danziger Zeitung.

Hamburg, 31. Juli. Getreidemarkt. Weizen loco stille und niedrig, ab Auswärts flau. Roggen loco stiller, ab Ostsee unverändert und geschäftlos. Del October 28 1/4, Mai 27 1/2. Kaffee 2000 Sac Domingo zu 7%, 1000 Sac Rio verkauft. Der Umsatz in dieser Woche beträgt 28,000 S.

London, 31. Juli. Schönes Wetter. Confols 94%. 1% Spanier 44%. Mexikaner 28%. Sardinier 84%. 5% Russen 96%. Neue Russen 93%.

Liverpool, 31. Juli. Baumwolle: 10,000 Ballen Umlauf; Preise sehr fest.

Paris, 31. Juli. 3% Rente 68,60, 4% Rente 97,50. 3% Spanier 48%. 1% Spanier 44%. Oester. Staats-Eisenbahn-Actionen 488. Oester. Credit-Actionen ~. Credit mob. Act. 833. Lomb.-Eisen-Act. 620.

Berlin, 1. August 1862. Aufgegeben 2 Uhr 20 Min. Angelommen in Danzig 3 Uhr 10 Min. Letzt. Crs. Letzt. Crs.

Roggen matt,		Breif. Rentenbr.	100	100%
loco	52 1/2	53	3 1/2 % Westpr. Pfdr.	89 1/2
			do.	do.
August	51 1/2	64	4 % do.	100
Septbr.-Octbr.	50 1/2	50 1/2	Danziger Privatb.	10 1/2 %
Spiritus August	19 1/2	19 1/2	Ostpr. Handbriefe	89 1/2
Rüböl August	14	14 1/2	Oestr. Credit-Actionen	86
Staatschulscheine	91	91	Nationale	66 1/2
4 1/2 % 56r. Anleihe 102 1/2	102 1/2	102 1/2	Poln. Banknoten	87 1/2
5 % 59r. Pr. Anl. 108 1/2	108 1/2	108 1/2	Wechsel. London	87 1/2
				6 22 1/2

Eisenbahn-Actionen angenehm.

Angeloommen in Danzig 3 Uhr 10 Min.

Angeloommen in

